

Bezugspreis:

Wochenblatt. 30. — 20. monatlich. 20. — 20. (bei 100 Bogen, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10. — 20. ein-
zelne Ausgaben. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 16.50 M.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmal. Postzeitung 21.50 M. Post-
zeitungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Dänemark, Schweden
und die Schweiz. — Eingetragene in
die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“ und der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ erscheint
mehrmals wöchentlich, Sonntags und
Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Druckerei: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97

Dienstag, den 1. März 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Druckerei: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53—54

Simons Eröffnungsrede in London.

London, 1. März (EE.) Gestern Abend fand Lord George seinen ersten Sekretär Morris Hankey zu Dr. Simons mit der Mitteilung, daß die erste Zusammenkunft bereits Dienstag um 11 Uhr 30 Minuten im Lancaster House stattfinden werde. Als Programm ist vorgesehen, daß Simons seine Eröffnungs-
ansprache halten werde, wobei es allerdings noch nicht feststeht, ob er bereits die deutschen Gegenvorschläge bekannt geben wird. Die Alliierten hatten heute nachmittag unter sich eine gemeinsame Beratung ab. Morgen erfolgt im St. James-Palast die Antwortrede Lord Georges. Der gestrige Tag wurde von den Alliierten zur eingehenden Beratung benutzt, ob der Artikel 233 des Friedensvertrages die Möglichkeit biete, die Strafmaßnahmen gegen Deutschland sofort in Vollzug zu setzen, falls die deutschen Gegenvorschläge für die Alliierten unannehmbar seien.

Das amtliche B.T.B. veröffentlicht ein Interview des Vertreters der „Evening News“ mit Minister Dr. Simons. Wie eine Berliner Mittagszeitung erzählt, hat diese Unterredung niemals stattgefunden. Dr. Simons erklärte ausdrücklich, daß er seinen Pressevertreter gesehen und gesprochen hat.

Im Augenblick des Beginnes der Londoner Verhandlungen erscheint es uns gerade im nationalen Interesse dringend erforderlich, unseren Standpunkt zu der Frage der „Einheitsfront“ so deutlich wie nur möglich zu präzisieren. Unsere in verschiedenen Artikeln bereits erfolgte Stellungnahme zur Londoner Konferenz hat auf der rechten Seite ein mütendes Echo erweckt und noch heute morgen wettert die „Deutsche Tageszeitung“ über die „Sabotage der Einheitsfront“ durch die Sozialdemokraten im Reichstag anlässlich der Debatte über die Verlängerung des Entlassungsgegesetzes.

Damit hat die „Deutsche Tageszeitung“ den Beweis für die Richtigkeit unserer Behauptung selbst erbracht, daß der Begriff der „Einheitsfront“ nichts anderes als ein plumper Schwindel ist, der den sogenannten „nationalen“ Parteien die Möglichkeit geben sollte, allerhand reaktionäre Geschäfte ungehindert zu betreiben und die republikanischen Linksparteien, vor allem die Sozialdemokraten, einseitig zu binden. Unter dem Motto der „Einheitsfront“ wollte man die Arbeiterkraft in einen wüsten nationalistischen Kummel hineinziehen, sobald den Sozialdemokraten in Preußen den Garaus machen, ja vielleicht sollte gar jener Rechtsputsch von uns geschluckt werden, über den in den letzten Tagen so geheimnisvolle Andeutungen gemacht wurden. Auf diesen Schwindel sind wir vom ersten Tage an in keiner Weise eingegangen und wenn heute die Rechtspresse sich her eine „Sabotage der Einheitsfront“ entrüftet, so spricht daraus nur die herbe Enttäuschung über ihre verfehlte Rechnung, die sie ohne den Wirt gemacht hatte.

Dr. Simons ist heute mit dem Obersten Rat zusammengetroffen und je geschlossener und breiter die Front der republikanischen Parteien ist, die hinter ihm stehen, wenn er die Gründe auseinandersetzt, weshalb Deutschland die Pariser Beschlüsse ablehnen muß, und wenn er die deutschen Gegenvorschläge unterbreitet, desto stärker ist seine moralische Position, desto größer sind seine Erfolgchancen. Wenn sich auch die äußerste Rechte in maßvoller und zurückhaltender Form mit der Reichsregierung solidarisch erklärt, so kann es ebenfalls nur nützen. Was haben wir aber erlebt? Von Anfang an haben sich die Deutschnationalen in den Vordergrund gestellt und in ihrer üblichen und aufdringlichen Art haben sie versucht, in Deutschland den Eindruck zu erwecken, als führten sie die Protestbewegung gegen die Pariser Beschlüsse und als seien sie berechtigt, sie zu führen. Daß sie damit bei den Preußenwahlen einige Erfolge errungen haben, ist nicht übermäßig schlimm, da diese Erfolge vor allem auf Kosten der Deutschen Volkspartei erzielt wurden, die sich als Regierungspartei gezwungen sah, eine verhältnismäßige Reserve zu üben. Viel schlimmer ist es aber, daß die Deutschnationalen auf diese Art bei der Entente den Eindruck erwecken konnten, als ginge die Ent-rüstungsbewegung gegen das Pariser Abkommen von ihnen aus. Wollte man den Nationalisten auf der Gegenseite das Spiel erleichtern und den Verständigen jedes erfolgreiche Wirken unmöglich machen, so brauchte man nur mit ver-schämten Armeen diesem Treiben beizuwohnen.

Deshalb sind wir aber rechtzeitig diesem unheilvollen und unaufrechten Einheitsfrontkummel dazwischen-
gefahren. In der „Kreuz-Zeitung“ vom Sonntag hat Graf Westarp erklärt, daß die Tatsache, daß wir diesen Trennungsstrich in der gegenwärtigen Stunde ge-
zogen haben, für unsere Unterhändler in London ge-
radezu verhängnisvoll werden kann. Wir sind da-
gegen überzeugt, daß je unzweideutiger nicht nur die Sozial-
demokratie, sondern auch die Reichsregierung jede
Gemeinschaft mit den Westarp und Genossen
ablehnt, desto stärker die Stellung unserer

Delegation in London sein wird. Wenn sich Dr. Simons auf die Zustimmung der einstigen Vaterlands-
partei berufen würde, die einst Belgien und Nordfrank-
reich annektierten, die Kriegskosten durch eine englische Milliarden-
entschädigung decken wollten, die den rücksichtslosen U-Boot-
Krieg verlangt und die Zerstörungen in der Kampfzone be-
grüßt haben und die heute von kommenden Kriegen und von
der Notwendigkeit reden, „Frankreich, wie vor Zeiten Spanien,
zur Rolle einer Macht zweiten Ranges“ zu zwingen
(„Deutsche Zeitung“ vom 27. Februar), dann würde er damit
jede Möglichkeit einer Verständigung zerstören.

Wir wiederholen deshalb mit voller Absicht und in der
klaren Erkenntnis, daß, je öfter und je unzweideutiger wir
dies tun, desto nationaler wir handeln: die Deutschnatio-
nalen sind das Unglück Deutschlands und mit ihnen gibt es
für uns, für die Arbeiterschaft und für die deutsche Republik
keine Gemeinschaft. Dagegen empfinden wir deutschen
Sozialdemokraten eine innige Rotgemeinschaft mit den
arbeits- und obdachlosen Proletariaten Nordfrankreichs und
Belgiens. Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ dieses unser
Bekenntnis mit einem entrüsteten Ausrufzeichen versehen
und erklärt, die Bergarbeiter von Lens seien nur deshalb er-
werbslos, weil Frankreich in Kohlen schwimme, und die
Ruinen seien nur deshalb noch vorhanden, weil Frankreich
daraus eine lukrative „Fremdenindustrie“ machen wolle, so
bestärkt uns diese fürchterliche Selbstverfassung in unserem
Entschluß, mit den Westarp und Genossen jede Einheitsfront
abzulehnen. Die von uns selbst mitgeteilten Tatsachen zur
Kenntnisnahme der kapitalistischen französischen Wirtschaft
werden von ihnen systematisch aufgebauscht und verallge-
meinert, um von den eigenen Sünden abzulenken.

Nein, der Bergarbeiter in Lens ist arbeitslos, weil die
nordfranzösischen Gruben auf Befehl unserer glorreichen
D.H.R. zerstört, der Textilarbeiter von Roubaix ist erwerbslos,
weil die Fabriken auf Verlangen unserer Schwerindustrie
ihrer Maschinen beraubt wurden. Diese Verbrechen des
kaiserlichen Deutschland muß die deutsche Republik
wieder gut machen, und deshalb muß sie auch die Bewunderer
des alten Regimes zum Schweigen bringen, wenn sie heute in
die jetzigen Wiedergutmachungsfragen so aufdringlich drein-
reden.

Wie unehrlich das Gerede von „Einheitsfront“ seitens
der Deutschnationalen ist, mag man an der Tatsache erkennen,
daß die „Deutsche Zeitung“ von der großen Entrüstung der
„Deutschbewußten“ Kreise über die Zusammenlegung der
deutschen Abordnung erzählt. „Wieder einmal soll das Schick-
sal der Deutschen in die Hände von Juden gelegt werden!“
Also einerseits „Einheitsfront“ — andererseits Pogrom-
bege.

Fort mit diesem Schwindel!

Beschwerden über die Strafmaßnahmen.

London, 1. März. Nach dem diplomatischen Mitarbeiter des
„Daily Chronicle“ glaubt man nicht, daß der Umstand, daß der
deutsche Außenminister nicht als Bevollmächtigter kommt, irgendwelche
großen Verzögerungen in den Arbeiten der Konferenz zur Folge
haben werde. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“
schreibt: Lord George habe mit Foch eine Unterredung über die
Frage der Sanktionen gehabt. Lord George habe Foch Fragen
bezüglich der verschiedenen Vorschläge für eine etwaige Ausdeh-
nung des gegenwärtigen Okkupationsgebietes in den
Rheinlanden gestellt. Das Ruhrgebiet, Frankfurt, Stuttgart
und München wurden in der Unterredung erwähnt. Lord
George fragte, wie viel Truppen in jedem der Fälle für eine Aus-
dehnung des besetzten Gebietes benötigt würden, auch wie hoch sich
die Kosten etwa belaufen würden, und welches wohl die Wirkung auf
die deutsche Bevölkerung und auf die verschiedenen Klassen des deut-
schen Volkes im allgemeinen sein würde.

Es wurde auch die Kategorie der wirtschaftlichen Strafen
besprochen. Dabei wurde die Frage eines besonderen fiskali-
schen Regimes im besetzten Rheinland unter der Kon-
trolle der Alliierten eingehend untersucht, z. B. die Mittel, die den
Alliierten zur Verfügung stehen, um die Zölle und andere Steuern
zu erheben.

Demission des Reichsparkommissars.

Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, hat der zum Reichs-
parkommissar seinerzeit ernannte Präsident Dr. Carl seine De-
mission eingereicht. Die Ursachen seiner Amtsniederlegung dürften
in der jüngst gemeldeten Einsetzung des gemischten Aus-
schusses zu erblicken sein, der seinerseits auf Ersparnisse im Reich
hinwirken soll. Hierin erblickt Dr. Carl eine Durchkreuzung
seiner Pläne. Er glaubt um so weniger sein Amt fortzuführen
zu können, als er sich starken Widerständen gegenüber sieht,
die ihren Sitz insbesondere im Reichsmittelstand des
Innern haben.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltigen Anzeigenzeile
kostet 5.50 M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 1.50 M. (je-
weil zwei festgedruckte Worte), jedes
weiteres Wort 1. — M. Stellengeld
und Schließzeilenanzeigen das erste
Wort 1. — M., jedes weitere Wort
0.60 M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 50 Pf. — M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Anzeigenaufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Beifolgt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Endkampf um Oberschlesien.

Man schreibt uns aus Katowitz unter dem 27. Fe-
bruar:

Der Abstimmungstermin, der über Oberschlesiens Zukunft
entscheiden soll, rückt immer näher. Es ist eine Entscheidung
über Leben und Sterben der blühenden ober-schlesischen In-
dustrie, eine Lebensfrage auch für die fernere wirtschaftliche
und industrielle Leistungsfähigkeit des Deutschen Reiches.

Von diesem Gesichtspunkt aus sollte man das Problem
sehen, und von dem anderen: von dem Standpunkt der inter-
nationalen Arbeiterschaft aus, die an einer Hebung der pol-
nischen Produktion interessiert ist. Ungeheure Bodenschätze
werden in Polen ungenutzt liegen bleiben, wenn es zu seinen
erschließbaren Kohlen- und Energiequellen die
fertig aufgebaute ober-schlesische Industrie bekommt, die
es der Nähe eigener Aufschlußarbeit entbehrt. Beide Gesichts-
punkte fordern gebieterisch, daß Oberschlesien deutsch
bleibt. Der Amerikaner Sidney Osborne kennzeichnet die
ober-schlesischen und die deutschen Lebensnotwendigkeiten rich-
tig, wenn er schrieb: „Wie das Rad ohne Nabe, wie der
Wagen ohne Rad nicht arbeiten kann, so kann auch Schlesien
nicht ohne Oberschlesien existieren, noch Deutschland ohne
Schlesien. Bei diesem Vergleich ist Oberschlesien die Nabe,
Schlesien das Rad und Deutschland der Wagen.“ Braucht
man noch zu sagen, daß die Nabe ohne den Wagen ein totes
Gerät ist?

Ueber die Bande, die Deutschland und Oberschlesien zu-
sammenketten, ist so viel geschrieben worden, daß es sich er-
übrigt, heute Einzelheiten zu geben. Man hat aber in starker
Betonung der industriellen ober-schlesischen Werte zuweisen es
so hingestellt, als ob Oberschlesien ein Wirtschaftskörper sei, der
seinen Bedarf im eigenen Lande decken könne. Man betonte
dabei die Entwicklung der Rohstoffe- und Halbfabrikation zum
Fertigprodukt und stellte fest, daß in der Tat erhebliche Fort-
schritte in dieser Richtung zu verzeichnen sind. In Wirklichkeit
ist der größte Teil der verarbeitenden Industrie aber noch
heute lediglich auf den Bedarf der industriellen Werte ein-
gestellt mit vereinzelten Ausnahmen. Der Bedarfsartikel des
täglichen Verbrauchs aber, angefangen von der Stenadabel bis
zum Anzugstoff, von der elektrischen Birne bis zum Auto,
wird weit überwiegend aus dem westlichen Deutschland
hereingeholt. Dieses konnte bisher die ober-schlesischen Kohlen-
und Eisenleistungen, die Lieferungen an Waggonmaterial,
Zink und Schwefelsäure usw. Oberschlesiens mit Fertigfabri-
katen überreichlich kompensieren. Eine künstliche Grenzscherbe
zwischen den beiden aufeinander angewiesenen Gebieten
würde zweifellos diese wirtschaftlichen Bande durchreißen,
ohne dem Ostlande mit der Angliederung an Polen auch nur
einen einigermaßen entsprechenden Ersatz zu geben.

Der Wahlkampf um die Staatszugehörigkeit, der hier
nun seit Jahr und Tag andauert, wird jetzt natürlich leb-
hafter. Die Polen hatten es für nötig erachtet, durch nationa-
listische Akte des Terrors die Abstimmung zu beeinflussen.
Sprengung von Versammlungen unter Waffenanwendung,
Gewalttätigkeiten gegen prominente Vertreter des Deutsch-
tums, Ueberfälle und Banditentum sollten den Oberschlesier
für das polnische Ideal begeistern. Die Bojowka Polaka, eine
regelmäßig organisierte Mörderbande, zusammengesetzt aus
Schülern der polnischen Nationalisten, hat sich in dieser Art
Propaganda besonders hervorgetan. Erreicht wurde damit
das genaue Gegenteil von dem, was die Polen wollten. Die
besonnene Haltung der deutschen Parteien, an denen diese
Erzesse abprallten, ohne daß sie zu den gleichen Waffen-
griffen, steht in einem so wohlthuenden Gegensatz zu dieser
Propaganda der Tat, daß die zweisprachigen Oberschlesier in
immer wachsenden Scharen sich zu der deutschen Sache be-
kennen. Die Abstimmungsspolizei, die partiell aus deutschen
und polnischen Oberschlesiern zusammengesetzt sein soll —
durchgeführt ist das nicht immer —, wird ihrer Aufgabe, streng
neutral die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, nicht voll
gerecht. Und man kann es aus dem Mund halbpolnischer
Frauen und vieler besonnener anderer Personen, die früher
dem Polentum zuneigten, oft genug hören, daß sie sich für die
polnische „Ordnung“ (lies: planlose Gewalttätigkeit) herzlich
bedanken.

Das scheinen die Polen auch gemerkt zu haben, und des-
halb hält man drüben ein wenig zurück. Bei dem erbitterten
Kampf, den sie gegen die sogenannten Emigranten führen,
ist es freilich nicht unmöglich, daß auch in den nächsten Tagen
Gewaltakte zu berichten sein werden. Man will eben um
jeden Preis schreien. Die Abstimmungsberechtigten im
Reiche sollten sich das nicht übermäßig zu Herzen nehmen.
Bei der Beurteilung dieser Gewaltakte ist und bleibt wesent-
lich, daß das dichtbevölkerte Land hier seit Jahr und Tag sich
in einem Wahlkampf von ganz unerhörter Schwere und Er-
bitterung befindet, in dem alle Leidenschaften entzündet sind.
Sind aber bei jedem Wahlkampf Schlägereien und kleinere
Erzesse unvermeidlich, so ist es schließlich kein Wunder, wenn
in Oberschlesien, wo die Kriminalität schon früher infolge der
eigenartigen Grenzlage, der gemischten Bevölkerung und so-
zialer Verhältnisse eine recht hohe war, der Kampf schärfere
Formen annimmt als im Reiche. Damit sollen die Gewalt-

Der Bund der Kriegsdienstgegner veranstaltet am 4. März, abends 7½ Uhr in der Aula des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums, Kochstraße 18, eine öffentliche Kundgebung: „Was will der Revolutionäre Sozialismus?“ Redner: Armin T. Wegner, Carl Vetter, Wolfgang Redding, Arthur Richter, Helene Wilder, Rudolf Roder.

Anleihenbedarfs für das Reich.

Dem Reichstag ist jetzt, wie alljährlich, eine Anleihenbedarfschrift für das Reich und zwar für 1920 zugegangen. Der Gesamtbetrag der Anleihenbedarfschrift belief sich nach der vorigen Denkschrift auf 178 328 902 026 M. Dazu traten dann auf Grund einzelner Geleise aus dem Jahre 1919 und 1920 weitere Summen, die sich um einige Ersparnisse ermäßigten. Insgesamt stellt sich jetzt der Betrag der Anleihenbedarfschrift auf 245 730 441 977 M. Das gesamte auf Grund des Anleihenbedarfs begebene Schuldkapital betrug an Prozentigen, 4, 3½ und 3prozentigen Schuldverschreibungen, an 4½ und 5prozentigen Schatzanweisungen, an unverzinslichen Schatzanweisungen und einschließlich der Prämienanleihe 1919 zusammen 224 049 764 861 M. Der gesamte bis 30. Dezember 1920 in Schuldverschreibungen und verzinslichen Schatzanweisungen begebene Anleihenbetrag verzinst sich im Durchschnitt mit 4,993, also fast genau 5 Proz.

Preussische Wohnungsfürsorge.

Zur Gewährung von Baukostenzuschüssen für die Errichtung neuer Wohnungen, die preussischen Beamten und Arbeitern auf längere Dauer zur Verfügung gestellt werden, sind bereits im vorigen Jahre auf Veranlassung des preussischen Wohlfahrtsministeriums staatliche Mittel bewilligt worden. Die Zuschüsse werden neben den aus Reichs-, Staats- und Gemeindegeldern allgemein bereitgestellten Beihilfebeträgen bewilligt. Auf diese Weise sind bereits eine große Anzahl gute Wohngelegenheiten für staatliche Angestellte geschaffen worden. Der Staat beabsichtigt, auch in Zukunft in gleicher Weise Wohnungsfürsorgemaßnahmen in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber durchzuführen. Dieses Beispiel mag die privaten Arbeitgeber an ihre Pflicht erinnern, durch geldliche Aufwendungen zur geordneten Unterbringung und Bezahlung ihrer Angestellten und Arbeiter selbst beizutragen.

Die Abstimmungsreise.

Dresden, 1. März. (Tl.) Das sächsische Gesamtministerium erläßt einen Aufruf an die Bevölkerung Sachsens, in dem an die Pflicht jedes abstimmungsberechtigten Oberschlesiers appelliert wird, die Nähe der Abstimmungsreise auf sich zu nehmen und seine Stimme abzugeben. Gleichzeitig wird nochmals um Spenden zur Unterstützung der Abstimmungsreise gebeten.

Wissell über das Reichsmietengesetz.

Vorsprecher Eder v. Braun eröffnet die Sitzung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats um 11 Uhr 15 Min. und teilt mit, daß das Kabinett nunmehr die Frage der Einleitung des Reichsmietengesetzes in beabsichtigtem Sinne entschieden habe. Auch die Unterbringungsfrage sei geklärt. Der endgültige Vertragsschluß steht bevor, so daß der Reichswirtschaftsrat in absehbarer Zeit über ein eigenes Heim verfügen könne. (Beifall.)

Das Haus tritt in die zweite Beratung des Reichsmietengesetzes ein. Eingegangen ist ein Antrag Dr. Helian (Vorl. des Reichsstädtebundes), der besagt, daß eine finanzielle Belastung der Gemeinden bei der Ausführung des Reichsmietengesetzes vermieden werden soll. Heuer (Arbeitgebervertreter der Industrie) gibt die Erklärung ab, daß seine Abklärung bereit sei, für den Gesetzentwurf zu stimmen, wenn die §§ 1 Abs. 1, 6, 7 und 16 in der Fassung der Regierungsvorlage wiederhergestellt und die Anträge seiner Abteilung angenommen werden. Wissell: Ein solcher Antrag ist recht merkwürdig, wenn man noch gar nicht weiß, wie sich das Gesetz überhaupt gestaltet. Gegen die Fassung des § 1 habe auch ich Bedenken. Der Paragraph ist eine Kammorvorschrift. Aus dieser Kammorvorschrift muß nach meiner Ansicht eine Kammorvorschrift gemacht werden, damit die Ausübung der gegenwärtigen Not für besondere Vorteile vermieden wird. Der Mieter muß in der Lage sein, wenn er zu einem ungewöhnlich hohen Preise abgeschlossen hat, mit dem Inkassofreien des Gesetzes sich für

die gesetzliche Miete erklären zu können. Das wird auch im Interesse der Arbeitgeber liegen. (Beifall. Widerspruch des Dr. Schwarz und Zuzuf: Dann muß er eben nicht mieten!)

Dr. Schwarz (Arbeitgebervertreter der Banken) wendet sich gegen grundlegende Änderungsanträge. Man sollte die Fassung beibehalten, wie sie gestern beschlossen ist. Regierungsrat Ebeling: Die Regierung ist der Ansicht, daß Eingriffe in die Vertragsfreiheit nur insofern erfolgen sollen, als sie durch wirtschaftliche Notwendigkeiten gerechtfertigt sind. Die Regierung ist nicht der Meinung, daß es erforderlich ist, daß Mieter, die jetzt geringere Mieten zahlen, gezwungen werden sollen, die höhere gesetzliche Miete zu bezahlen. Ein so weitgehender Eingriff, wie ihn der Antrag Wissell bedeutet, erscheint nicht notwendig und ich bitte, es bei dem Grundgedanken des Gesetzes, daß ein Zwang für Mieter und Vermieter nicht ausgeübt werden soll, bewenden zu lassen. Kröger (Freie Berufe): Man darf nicht immer von Berliner Verhältnissen ausgehen. Wenn der Antrag Wissell angenommen werden sollte, dann würden die Mietminderungen in einem Umfang in Anspruch genommen werden, daß die Kosten für die Vermieter von jetzt 800 Millionen Mark sicherlich auf 2 Milliarden anwachsen würden.

Eisenbahnfragen.

Im Hauptauschuß des Reichstages wurde am Dienstag über verschiedene Anträge zur Staatsberatung des Reichsverkehrsministeriums abgestimmt. Ein demokratischer Antrag, das Reichsmietengesetz des Reichstages bei der Tarifgestaltung im Eisenbahnfinanzgesetz zu regeln wurde mit großer Mehrheit angenommen, ebenso eine Entschließung auf Beibehaltung der Fahrpreisobergrenzung für Kranenpfeiler. Angenommen wurde dann eine Zentrumsentscheidung, bei notwendigen

Arbeiterentlassungen

in der Reichsverkehrsverwaltung auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter gebührend Rücksicht zu nehmen. Insbesondere sollen Arbeiter, die schon vor dem Kriege bei der Eisenbahn beschäftigt waren, nur dann entlassen werden, wenn sie einen so großen landwirtschaftlichen Landbesitz haben, daß dadurch ihr Lebensunterhalt gesichert erscheint. Die Entlassungen von Arbeitern, welche gegen diese Grundzüge verstoßen, sollen sofort rückgängig gemacht werden. Angenommen wurde weiterhin eine demokratische Entschließung, welche Fahrpreiserhöhungen für Bahnhöfe zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken und für ähnliche Zwecke in weitestem Umfang verlangt. Ebenso sollen unterstützt werden das Deutsche Museum in München, Arbeitsvermittlung, öffentliche Krankenpflege, mittellose Kranke und besonders mittellose Schwerkrankenbeschädigte. Auch die

Jahrespreiserhöhungen für Arbeiter mit handwerklichen Verrichtungen sowie die Einrichtung von Monatsnebenlokalen sollen danach bestehen bleiben und auf minderbesoldete Arbeiter und Angestellte ausgedehnt werden. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, bei der Tarifserhöhung Rücksicht zu nehmen auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, und insbesondere den Verkehr der Arbeiter und Angestellten zwischen deren Arbeits- und Wohnort möglichst wenig zu belasten.

Frankreich und die Saarkohle.

Paris, 1. März. In der Kammer ist gestern ein Bericht über einen Gesetzentwurf vorgelegt worden, der die Schaffung eines Amtes für die Bergwerke vorsieht. Dieser Bericht enthält ein Programm, durch das die augenblickliche Kohlenförderung im Saargebiet in 10 Jahren verdoppelt werden soll. Der Bericht verlangt einen Kredit von 180 Millionen Frank für die Vervollständigung der Umorganisation.

Groß-Berlin

Lernschule / Arbeitsschule.

Die Umgestaltung unserer bisherigen sogenannten Vorschule in die durch Reichsverfassung gesetzlich geforderte Einheits-Arbeitsschule ist das Ziel der neuzeitlichen Schulreform. Ihr stehen außerordentliche Schwierigkeiten entgegen. Am hinderlichsten ist der nicht zu verkennende Widerstand sowohl in behördlichen wie Fach- und Elternkreisen, der zum Teil in fehlender oder falscher Orientierung über diese durchaus gesunde Reform begründet ist. Ihre Durchführung wird keineswegs aus irgendwelchen politischen, sondern aus erzieherisch-pädagogischen und volkswirtschaftlichen Gründen gefordert, selbstverständlich zunächst in den Grenzen der augenblicklichen wirtschaftlichen und schultechnischen Möglichkeiten. Weitere Hindernisse, insbesondere das Fehlen außerordentlicher wie planmäßiger Mittel und geeigneter, für die Idee begeisterter Lehrkräfte, müssen überwunden werden. Darum: Zusammenschluß aller der Durchführung der Arbeitsschule dienenden Kräfte!

Diese Aufgabe hat sich der in diesem Monat gegründete Verband für die werktätige Erziehung gestellt. Er umfaßt die gleichnamigen Vereinigungen von Berlin, Charlottenburg, Neutölln und Wilmersdorf. Ohne die Idee der Arbeitsschule zu verkennen, betont er die zielbewusste Vor- und Ausbildung der manuellen Kräfte im Sinne der Grundlage einer erfolgreichen Durchführung der Reform. Er bezweckt die zielklare und tatkräftige Förderung der Arbeitsschule durch werktätige Erziehung in jeder Form, und zwar durch 1. Zusammenschluß aller dem gleichen Ziele zustrebenden Bezirks- oder sonstigen Vereinigungen und Arbeitsgemeinschaften zur gemeinsamen Bearbeitung und Durchführung allgemeiner Aufgaben, 2. durch Sammlung und Auswertung der Arbeitsergebnisse der einzelnen Verbandsgruppen und 3. durch Gründung und Ausbau einer allen Anforderungen der neuzeitigen Arbeitsschule entsprechenden Fortbildungsanstalt in Berlin.

Um seine Arbeiten auf möglichst breiter Grundlage und unter Berücksichtigung der verschiedenartigsten Verhältnisse und Möglichkeiten produktiv ausbauen zu können, fordert der Verband auf zum Zusammenschluß aller Arbeitsschulfreunde — gleichviel welcher Schattierung — in Bezirksvereinigungen und zum Anschluß an den Verband als Verbandsgruppen. Anfragen und Meldungen sind zu richten an Lehrer Glase in Wilmersdorf, Burgunder Str. 2.

Achtung, Genossinnen!

Am Freitag, den 4. März, nachmittags 5 Uhr, in den Sophienkallen, Sophienstr. 17/18:

Funktionärinnen-Konferenz

Tagesordnung:

1. Das Ergebnis der Landtagswahlen.
Referentin: Gertrud Hanna, M. d. L.
 2. Die Condoner Konferenz.
Referentin: Marie Juchacz, M. d. L.
- Mitgliedsbuch legitimiert.

Die neue Straßenbahntarifvorlage.

In der gestrigen Sitzung der Verkehrsdeputation wurde die neue Vorlage des Magistrats bezüglich Ablehnung des von der Stadtverordneten-Versammlung vorgeschlagenen Staffeltarifs besprochen und der Beibehaltung des Vorschlags der Einführung des Einmalktarifs zugestimmt. Die Sozialdemokraten einigten sich mit den bürgerlichen Parteien über eine Realisierung des Beschlusses des Ausschusses zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit bezüglich einer Änderung des Tarifvertrages vom 11. Juni 1920. Es ist daher anzunehmen, falls in der heutigen Stadtverordnetenversammlung kein Einspruch gegen die Dringlichkeit der Magistratsvorlage erhoben wird, daß die Einführung des 1-Mark-Tarifs beschlossen wird. Bei dieser Gelegenheit kam auch grundsätzlich die Frage der Umwandlung der Straßenbahn in eine andere Unternehmungsform zur Sprache. Die diesbezüglichen Erhebungen sind noch im Gange. Seitens des Vorstehenden, Vaurot Dr. Ing. Adler, wurden nähere Aufschlüsse über die verschiedenen Projekte der Omnibus-Gesellschaft gegeben und dabei bemerkt, daß nur solche Linien zugelassen werden sollen, die nachweislich der Stadt einen Reingewinn bringen.

Der Raubüberfall bei Strausberg.

Trotz der umfassenden Nachforschungen der Polizeiverwaltung in Strausberg und der fleißigen Kriminalpolizei ist es noch nicht gelungen, eine Spur der Täter zu finden. Ein Radfahrer, dem die Maschine schadhast geworden war und der sie auf der Chaussee ausbesserte, sah nach dem Ueberfall mehrere Männer, die in der Richtung nach dem Bahnhof Strausberg-Ost zogen. Vielleicht haben diese irgend etwas beobachtet, was zur Aufklärung beitragen könnte. Sie werden ersucht, sich bei der Polizeiverwaltung in Strausberg, oder im fleißigen Polizeipräsidium, Zimmer 80, Hausansatz 601, zu melden. Erwünscht werden die Ermittlungen dadurch, daß kein Kampf zwischen den Fahrgästen und den Räubern stattgefunden hat, daß also auch von diesen keiner irgendwie verletzt oder an den Kleidungsstücken beschädigt worden ist.

Die Ermordung des Polen Kozenblum.

Zu der Ermordung des Polen Kozenblum wird berichtet, daß die Nachforschungen der Kriminalkommissare Boese und Dr. Schuppe mit ihren Beamten zwar zu wichtigen Feststellungen geführt haben, der Täter bisher jedoch noch nicht ermittelt werden konnte. So wurde ein gewisser Kempner ermittelt, der nach dem Polizeipräsidium gebracht und dort einem eingehenden Verhör unterzogen wurde. Kempner, der ebenfalls aus Lodz stammt und mit dem Ermordeten in enger Beziehung gestanden hat, bestritt bei seinem Verhör, für Kozenblum als Agent tätig gewesen zu sein. Festgestellt werden konnte, daß er wiederholt in dessen Wohnung gewesen und daß es dort zwischen ihm und Kozenblum häufig zu erregten Auftritten gekommen ist. Zur weiteren Aufklärung der Bluttat ist die Ermittlung eines 22 Jahre alten Adam Geister von großer Wichtigkeit. Geister, der ebenfalls aus der Gegend von Lodz stammt und dessen wirklicher Name wohl ebenfalls ein anderer ist, hatte bis vor 14 Tagen in der Lange Str. 18 gewohnt. Seine Wohnung trat er dann an einen Landsmann ab, ohne daß man erfahren konnte, wo er sich seitdem aufhält. Da die Vernehmungen dieses Geister für die Aufklärung des Verbrechens von großer Wichtigkeit sein können, wird er unter Hinweis auf die ausgeübte Vernehmung ersucht, sich umgehend bei der Kriminalpolizei im Zimmer 51a zu melden.

Nachdem der Räuber bei seiner eiligen Flucht seinen braunen Stepphut am Tatort zurückgelassen, hat er gleich darauf ein Hutgeschäft in der Liebigstraße 8 aufgesucht und sich dort einen ähnlichen Hut, einen braunen Haarhut mit dunkelbraunem Bande, gekauft. Er kam ohne Kopfbedeckung in das Geschäft, hatte es beim Einkauf sehr eilig und zahlte den Kaufpreis von 80 M. mit zwei Fünfundzigmarschkeinen, die er aus einem gebundenen Paket entnahm. Der am Tatort aufgefundenen Hut des Täters und der ebenfalls zurückgelassene Dolch werden im Lichtloft des Berliner Polizeipräsidiums zur Rekognoskierung durch das Publikum ausgestellt werden.

Neue Einheitsreviere in Polizeiamtern.

Am 1. März werden die neu eingerichteten Einheitsreviere in den Polizeiamtern Tiergarten, Schöneberg und Neutölln ihre Tätigkeit aufnehmen. Es sind eingerichtet worden:

Im Polizeiamt Tiergarten die Reviere 1 Tg., Kloppehofstr. 2, 2 Tg., Dittlstr. 9, 3 Tg., Beuststr. 26, 4 Tg., Waldstr. 33, 5 Tg., Wilhelmshöfener Str. 34, 6 Tg., Eichenstr. 16, 7 Tg., Raulstr. 17, 8 Tg., Kurfürststr. 156, 9 Tg., Albenleberstr. 26, und 10 Tg., Dersingstr. 20a. — Im Polizeiamt Schöneberg die Reviere 1 Sch., Kloppehofstr. 2, 2 Sch., Goltzstr. 32, 3 Sch., Goltzstr. 11, 4 Sch., Kriemhildstr. 7, und 5 Sch., in Friedenau, Randbachplatz (Barade). — Im Polizeiamt Neutölln die Reviere 1 Nt., Donaustr. 64, 2 Nt., Pesterstr. 17, 3 Nt., Mainzer Str. 37, 4 Nt., Büfnerstr. 6, 5 Nt., Reuterplatz 6, 6 Nt., Kaiser-Friedrich-Str. 133/134, 7 Nt., Lohstr. 68, und 8 Nt., in Britz, Radowstr. 4. — Im Polizeiamt Tiergarten ist die Beisetzmaße, Waldstr. 33, eingezogen worden. Die bis jetzt von der Kriminalpolizei innegehabten Räume der Kanalstraße sind der Kassenkassette eingeräumt worden. Der Nachdienst der Kriminalpolizei wird in der Wachtel-Wache eingerichtet. — Im Polizeiamt Schöneberg sind die Räume der Goldener Wache in die Zimmer 46 und 48a verlegt worden. Die Kriminalpolizei verbleibt noch bis zur Anmietung weiterer Räume in der Frage-, Hauptstr. und Eisenbahnstraße. Der Nachdienst der Kriminalpolizei befindet sich im Gebäude des Polizeiamts. — Im Polizeiamt Neutölln wird der Nachdienst der Kriminalpolizei im Gebäude des Polizeiamts eingerichtet.

Was ein Hausherr „sich verbittet“.

In der Agitation zu den Landtagswahlen mußte auf die Hausangestellten ein sorgfames Augenmerk gerichtet werden. An sie ist ja mit den üblichen Agitationsmitteln sehr viel schwerer als an andere Wählerinnen heranzukommen, und zur Sicherung ihrer Wahlfreiheit sind hier besondere Maßregeln nötig. Welche Zeitung die Hausangestellten lesen, das hängt meist von der „Herrlichkeit“ und deren Parteizugehörigkeit ab. Auch in der Frage des Verfallensbehalts wissen viele „Herrlichkeiten“ es so einzurichten, daß sie ihre Hausangestellten den Sozialdemokraten fernhalten und möglichst den Deutschnationalen zutreiben.

Aber sogar gegen Ueberleitung von Flugblättern und Stimmzetteln der Sozialdemokratischen Partei an Hausangestellte hat, wie wir aus Charlottenburg erfahren, ein Hausherr sich gewehrt. Aus dem Hause Kasanenstraße 26 kam ein an die Hausangestellten gerichteter Flugblatt der S.P.D. samt dem Stimmzettel gerissen an die Absender zurück. Beigefügt war ein Zettel, auf dem zu lesen stand:

Wir senden Ihnen hierdurch die uns zugesandten sozialdemokratischen Stimmzettel wieder zurück, da wir als Hausangestellte wissen, wie wir zu wählen haben: nämlich „Deutschnationale Volkspartei“ oder „Deutsche Volkspartei“!

L. Hanke, Erzieherin. E. Schöndorf, Hausmädchen.

Wir wollen keine Betrachtungen darüber anstellen, welcher „Geist“ dieses Hausangestellten das diktiert hat. Nur nebenbei sei erwähnt, daß die Handschriften in dem Namen Hanke und in dem Namen Schöndorf sich von der Handschrift des Textes der Erklärung merklich unterscheiden. Auf der Rückseite des Zettels prangt in wieder anderer Handschrift noch folgender Witz:

Ich verbittle mir in Zukunft Ihre Zusendungen in mein Haus.

Der unterzeichnete Wie ist offenbar der Hausherr. Personen, die auf Zusendung gegnerischer Flugblätter mit einem „Ich verbittle mir“ oder in größerer Form antworten, gibt es wohl in allen Parteien. Man braucht sich über solche Leute nicht aufzuregen — sie machen sich mit ihren Botschaften nur lächerlich. Hier aber, wo es sich um Rücksendung eines an Hausangestellte gerichteten Flugblattes handelt, ist es ein Hausherr, der sich Zusendungen „in sein Haus“ verbittet. Seine letzten Hausangestellten haben so gewährt, daß er mit ihnen zufrieden sein wird. Aber auch „in Zukunft“ will er solche Zusendungen „seinem Hause“ ferngehalten wissen, so daß auch künftige Hausangestellte vor der Verführung mit Flugblättern der S.P.D. bewahrt bleiben.

Der Einsatz dieses Hausherrn, sein „Ich verbittle mir in Zukunft“ usw.“ sei hiermit öffentlich festgesetzt. An die Hausangestellten aber richten wir die öffentliche Anfrage: Wer kann uns Näheres über Herrn Wie mitteilen?

Feuer im Bahnhof Alexanderplatz.

Der Bahnhof Alexanderplatz war in der letzten Nacht der Schaulust eines Brandes. Dort stand das Dach der großen Bahnhofshalle nach 11 Uhr in Flammen. Die Feuerwehr wurde von zwei Seiten alarmiert und war schnell zur Stelle. Die Ursache ist es zuzuschreiben, daß der Brand, der schnell reiche Nahrung gefunden hatte, auf das Dach des Bahnhofs beschränkt werden konnte. Der Eisenbahnverkehr ging ohne wesentliche Störung weiter. Das Dach an der Ecke der Panoramastraße ist stark beschädigt; sonst ist kein erheblicher Schaden entstanden. Die Entschädigung wird auf Schadhaftigkeit der Heizung zurückgeführt.

Besuch der Farmerhöfe bei der A.E.G. Oberschöneweide.

Die seit einigen Tagen in Berlin weilenden amerikanischen Farmerhöfe, die den Transport der für Deutschland bestimmten Milch auszuführen haben, statteten dem Kabelwerk Oberspre der A.E.G. einen Besuch ab. Die jungen Amerikaner zeigten lebhaftes Interesse für die einzelnen Betriebe des Werkes und insbesondere für die Leistungen der in der Werkschule tätigen Lehrlinge. Auch die Wohnschiefeinrichtungen des Werkes, wie z. B. die umfangreiche Anlage der Arbeiterkantine, fanden Beachtung und Anerkennung. Bei einem gemeinsamen Frühstück in der Werkskantine, das zum Schluß die Teilnehmer mit den Vertretern der Direktion vereinte, dankte namens der Deutsch-Amerikaner Herr Ingenieur Einde aus Houston für die erwiesene Gastfreundschaft und fand Worte lebhafter Anerkennung für die deutsche Arbeit.

Erste Schul-Kunstausstellung in einer Volksschule.

Am 20. März d. J. veranstaltet der Bund für Schul-Kunstausstellungen in der Aula der 13. Volksschule in Berlin-Schöneberg, Hohenstaufenstr. 49, eine Ausstellung von Originalen hervorragender Künstler, u. a. von Ludwig Richter, Prof. Voosen, O. H. Engel, Bederer, Wenzel, Storz, Lewin-Junkte, Sandrock, Wendel, Kolbe, Sandtuhl, Thiele, Planitz, Wande, W. Wilde, Geier, Fentkohl, Kanfer-Viehberg, Lejeune, Albis, Löwenstein, Betscher und Herzog. Die Ausstellung ist geöffnet vom Besuch von Schulklassen vormittags von 9—11 Uhr, für Erwachsene Sonntags von 11—1 Uhr und wochentags von 2—5 Uhr. Der Eintritt ist frei. Führungen durch die Ausstellung finden regelmäßig jeden Sonntag 11 Uhr, jeden Mittwoch und Sonnabend 3 Uhr statt.

Schreibmaschinen-diebe. In der Nacht zum Sonntag gegen 10 Uhr erbrachen Diebe die Geschäftsräume der Chemiefabrik-Handlung Edmund Schröder, Friedrichstr. 131 d, und stahlen dortselbst zwei Schreibmaschinen, und zwar eine fast neue Stenographische Nr. 3/4541 und eine ebenfalls Stenographische Nr. 2775. Es ist der zweite bei obiger Firma verübte Einbruch innerhalb der letzten 6 Wochen. Vor Ankauf der Maschinen wird gewarnt. Personen, die durch Angaben zur Herbeiführung der Maschinen beitragen, erhalten pro Maschine 500 M. als Belohnung.

Einen großen Ziehungabend veranstaltete die Deutsche Gartenbau-Gesellschaft am Donnerstag, den 2. März, abends 6 Uhr, in der Landwirtsch. Hochschule, Invalidenstr. 43. Herr Hauptmann Detlef Schmale, der Bearbeiter der Ziehung, ließ die Teilnehmer an der Ziehung, die einen Betrag mit Klappbüchern hatten: „Richtig Ziehung eine Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk“.

Eine Verammlung der Auslandsdeutschen aus baltischem Gebiet findet am Donnerstag, den 3. März, abends 8 Uhr, in der Neuen Stadthalle, Eingang Klosterstraße, statt.

Ein Generalstreik in Votsdam.

Die Hamburger Holzarbeiter für Amsterdam.

Die Betriebsrätewahlen der Holzarbeiter.

nosser restlos in allen Betrieben beteiligen und nicht etwa verärgert beiseite schieben. Es muß versucht werden, die Unterminiertätigkeit der Kommunisten im Reime zu ersticken.

1. die nach dem 1. Oktober 1920 ins Reich verzogen,
2. die nur vorübergehend sich außerhalb Oberschlesiens aufhalten.

Zu 1. in Oberschlesien geborene und dort bis 1. Oktober 1920 wohnhaft gewesene Stimmberechtigte (Kategorie A) und außerhalb Oberschlesiens geborene Abstammungsberechtigte, die seit dem 1. Januar 1904, oder seit einem früheren Zeitpunkt bis 1. Oktober 1920 dort ununterbrochen gewohnt haben und nach dem 1. Oktober 1920 aus dem Abstimmungsgebiet verzogen sind (Kategorie C),

Zu 2. alle Stimmberechtigten der Kategorie A, die noch heute im Abstimmungsgebiet ihren ständigen Wohnsitz haben, z. Zt. aber sich außerhalb des Abstimmungsgebietes aufhalten (z. B. Studierende, Geschäftsreisende, Saisonarbeiter usw.).

müssen zur Einreise zur Abstimmung Passierscheine haben, die zugleich als Stimmkarte dienen. Diese Passierscheine werden nur auf schriftliches Gesuch nach vorgeschriebenem Muster hin ausgegeben. Das Gesuch muß spätestens am 2. März 1921 beim Paritätischen Ausschuß eingetroffen sein. Formulare hierzu und Beratung erteilt jede Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier.

Moskau oder Amsterdam?

Diese Frage beschäftigte eine Versammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands, die am Montag im Lokal „Königsbau“ stattfand. Referent war Klamet (U.S.P.D.), Korreferent Emil Barth (U.S.P.D.). Klamet brachte in seiner sehr ausgedehnten Rede die bekannten Vorwürfe und Anschuldigungen gegen den Gewerkschaftsbund und die Sozialdemokraten vor. In Rußland herrsche zwar die Diktatur, aber diese sei für die Gesamtheit, wenn auch nicht von der Mehrheit. Der Anschluß an Mostau sei zur Fortsetzung der proletarischen Revolution bringend erforderlich. (Beifall und Widerspruch.)

es möglich werde, für das gesamte Proletariat der Welt eine m a c h t -
volle Geschlossenheit zu erreichen, die stark genug sei, den
Kampf gegen den Kapitalismus mit Erfolg zu führen und Ausbund
den notwendigen Frieden zu verschaffen. (Beifall und Widerspruch.)

An der folgenden Aussprache beteiligten sich kommunistische und sozialdemokratische Redner. Schließlich wurde mit 201 gegen 197 Stimmen eine Resolution angenommen, die den Einfluss an Moskau forderi.

Wahlen im Deutschen Portierverband. Am Sonntag nahm eine von ca. 100 Funktionären besuchte Konferenz im Gewerkschaftshaus Stellung zur Neuwahl der Sektionsleitung. Der Sektionsleiter Kurgas gab einen kurzen Bericht vom verfloffenen Jahre. In der anschließenden Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß der bisherige Sektionsleiter nicht als geeignet betrachtet wird, den Posten weiter zu bekleiden. Von der Sektionsleitung wurde der bisherige 2. Sektionsleiter Reube in Vorschlag gebracht, diesem Vorschlag schlossen sich sämtliche Branchengänge an, so daß der Vorschlag einstimmig von den Funktionären akzeptiert wurde. Zum 2. Sektionsleiter wurden Müller und der bisherige 1. Sektionsleiter Kurgas in Vorschlag gebracht. Die Mehrheit der Funktionäre entschied sich für Müller. Als Sektionschriftführer wurden Schreiber und Walterstein in Vorschlag gebracht. Als Mitglied der Bezirksverwaltung wurde Dietert vorgeschlagen. Die Wahl selbst findet am Sonntag, den 6. März, morgens 9/10 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses statt.

Kolleginnen und Kollegen! Wer die Einheit der Organisation wahren, wer nicht will, daß die Organisation zersplittert wird, hat die Pflicht am kommenden Sonntag für die Vorschläge der Funktionäre zu stimmen.

Achtung, Maler und Schablottenschnitzer! Die Kollegen der Firma Beijen, Brämann und Weber in Eberfeld befinden sich seit Montag, 21. Februar, im Streik. Da versucht wird, Arbeitskräfte von außerhalb heranzuziehen, wird hiermit der Zugang nach Eberfeld gesperrt. Aufträge von Eberfeld sind nicht auszuführen. Verband der Maler, Filiale Berlin.

Deutscher Wertmessen-Verband. Berlin N. Fachgruppe Chemie. Mittelsber-
gerauskunftung morgen abend 7 Uhr in Sauerlands Festhölle, Neue Friedrichstr. 55.
Fachgruppe 30. Gesamt-Automobilbau, Karosserie- und Wagenaub. Verammlung
am Donnerstag, den 3. März, im Schulhölle, Neue Zehnstraße.

Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsvertriebes, Fachgruppe Buchhändlerbuchhandel. Montag abend 7 1/2 Uhr im "Rordischen Hof" (gegenüber Steinhilber Bahnhof): Versammlung der Angestellten der Firmen Georg Stille und Vereinigte Berliner Buch- und Feinbühlengeschäfte.

Arbeitsliste der Firma Schütte-Lanz, Dresden! Morgen nachmittag 1/2 Uhr.
für alle, die bei der Firma in der Zeit vom Juli bis Oktober zur Entlohnung ge-
kommen sind, wichtige Aussprache in Treptow, Neues Gesellschaftshaus, direkt am
Bahnhof Treptow. 1 U.: Wilhelm Schmitt.

Der „arme“ Rockefeller. Im N. Y. S. lesen wir: Die „New-York-Times“ hat an der Hand statistischer Berichte festgestellt, daß das Einkommen des Del-Königs John D. Rockefeller von circa 45 000 000 Dollar im Jahre 1917 auf 87 000 000 Dollar im Jahre 1918 gestiegen ist, vermutlich infolge verminderter Dividendenzahlungen der Gesellschaften. Rockefellers Einkommen in diesem Jahr wird von statistischer Seite auf 84 936 604 Dollar geschätzt.

Vertrieb, für den rechts. Teil: Dr. Werner Seiler, Charlottenburg; für Klagsagen:
Th. Glöde, Berlin. Verlag: Bornträger-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Born-
träger-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Unter den Eichen 2.

Wer! garantiert für guten **Eis** und **Verarbeitung!**

Großes Stofflager

Max Motel, Schneidemühl., Neuföllu.
Ringbahnstr. 33. Tel. 909.

Viele Anerkennungen und Dankschreiben.

Wichtig für Laubenbesitzer!

Kaufst preiswert:

Pfähle zum Zaun- und Laubenbau
von 1,50 M. per Stck an. — Ferner viele ich an

Brennholz, ofenfertig
per 1/2 Quadratmeter-Raß 14 M.

Prima Stubbenholz
18 M. per Gsmter

B. Pollakowski Nachfl. Inh.: Willy Zedrow
Brennmaterial-Handl.

Tel.: Neuföllu 1991. **Neuföllu,** Jungstraße 36—37.

Kaufe

lauffend Leistungs- Dynamo
und Wärmekesselboiler, so-
wie Installationsmaterial.
Elektromechanik Zentrum
ronser, Berlin, Ringstr. 13.
Alexander 4782.

Metallbetten

Stahlblechbetten, Kinder-
betten. Voller an (ebenam).
Katalog fr. Eisenblechfabrik.

Stellenangebote

Chemische Fabrik sucht

Meister

der mit der Herstellung von
Polymern und Metallen be-
fasst ist genau vertraut ist. An-
gebote mit Zeugnisabschriften,
Gebührsentschuldung und er-
gebenden Angaben über Mo-
derne Tätigkeits unter M. 19 an